Antrag an den Studierendenrat Sitzung vom 11.07.2017
Politisches Mandat

TOP 1: AntragstellerIn:

Außenreferat

TOP 2: Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Im Rahmen der LHG-Änderungen zu fordern, dass die Studierendenschaft ein umfangreiches politisches Mandat erhält, bzw. dass die aktuelle Formulierung mindestens erhalten bleibt. Die Aufgabenbereiche dürfen auf keine Fall eingeschränkt werden.

TOP 3:

TOP 4: Begründung:

Der Koalitionsvertrag sieht vor, 'ein klares hochschulpolitisches Mandat' einzuführen. Gleichzeitig sollen die Anwendungsbereiche 'präzisiert' werden, was im schlechtesten Fall eine Einschränkung bedeutet. Dies kann die Arbeit der Studierendenvertretungen erschweren:
Als verfasste Studierendenschaft ist es unsere Aufgabe die Belange der Studierenden zu vertreten. Dazu gehört auch, ein Studienumfeld zu haben, dass ein möglichst sorgenfreies und erfolgreiches Studium ermöglicht. Zu diesem Studienumfeld gehören auch Faktoren und Probleme, die außerhalb des Campus entstehen und nur außerhalb des Campus gelöst werden können. Das sind z.B. Themen wir Wohnungsnot, öffentlicher Nahverkehr, Diskriminierung oder aufenthaltsrechtliche Bestimmungen.

TOP 5: Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).